

Es informiert Sie
Telefon (0202)
Fax (0202)
E-Mail
Datum

Angelika Sauer
563 66 28
563 80 50
Angelika.Sauer@stadt.wuppertal.de
12.05.11

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen (SI/0503/11) am 11.05.2011

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Michael Müller ,

von der CDU-Fraktion

Herr Dirk Kanschä , Herr Jan Phillip Kühme , Herr Michael Schulte , Herr Rainer Spiecker ,
Herr Michael Wessel ,

von der SPD-Fraktion

Herr Volker Dittgen , Herr Thomas Kring , Herr Frank Lindgren , Herr Wilfried Michaelis ,
Herr Klaus Jürgen Reese (bis 17.00 Uhr) , Herr Stefan Werksnies (ab 17.00 Uhr) ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Anja Liebert , Herr Klaus-Dieter Lüdemann (bis 17.45 Uhr) , Herr Martin Möller ,

von der FDP-Fraktion

Herr Alexander Schmidt ,

von der Fraktion DIE LINKE

Frau Elisabeth August ,

von der WfW-Fraktion

Herr Heribert Stenzel ,

als sachkundige Einwohner

Herr Georg-Eicke Dalchow , Herr Hans-Joachim de Bruyn-Ouboter , Herr Jörg Liesendahl ,
Herr Hugo Benten Sattler ,

Oberbürgermeister

Herr Peter Jung ,

von der Verwaltung

Herr Frank Meyer, Herr Dr. Johannes Slawig, Herr Jochen Braun, Herr Rainer Widmann,
Herr Volker Knippschild , Frau Renate Galvagni, Frau Angelika Leipnitz, Frau Elke Werner,
Frau Martina Schmidt ,

als Gäste

Herr Dr. Rolf Volmerig (WF), Herr Matthias Haschke (WMG) ,Herr Bodo Middeldorf (BEA),
Herr Michael Neumann (GMW), Herr Böttcher und Herr Eßrich (beide WTB)

Schriftführerin

Frau Angelika Sauer ,

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Zur Tagesordnung:

Der Vorsitzende Herr Stv. Müller verweist auf die ausliegenden Tischvorlagen:

Zu TOP 3 Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Jahresarbeitsbericht der BEA (VO/0310/11/1), neu TOP 3.1, die Vorlage der BEA wird zu TOP 3.2 .

Zu TOP 7 Ergänzungsantrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN zum HP Gewerbeflächen (VO/0429/11), neu TOP 7.1, die Verwaltungsvorlage wird zu TOP 7.2. Frau Stv. Liebert bittet, die Beschlussfassung zum Ergänzungsantrag dem Beschluss zur Verwaltungsvorlage voran zu stellen. Der Vorsitzende entgegnet, es werde jeweils der weitergehende Beschluss zuerst gefasst, in diesem Fall habe aber die CDU-Fraktion weiteren Beratungsbedarf und bitte, die Beschlussfassung an Hauptausschuss und Rat zu verweisen.

TOP 20 – mdl. Bericht zum Weyerbuschturm wird vorgezogen und im Anschluss an TOP 2.3 beraten.

Es besteht Einvernehmen, die Tagesordnung zu erweitern und entsprechend zu verfahren.

I. Öffentlicher Teil

1 Wuppertal Marketing - Berichterstatter Herr Haschke

Herr Haschke berichtet von positiven Entwicklungen, so würden Stadtrundgänge und Stadtrundfahrten eine positive Resonanz erfahren; der Kaiserwagen sei im April zu 97% und im Mai zu 100% ausgebucht. Die Schwebebahn solle in Verbindung mit den WSW noch stärker beworben werden, hier seien Zeitplan und Finanzierung noch ungeklärt. Wuppertal sei Gastgeber des NRW-Theatertreffens, Herr Haschke bittet um Unterstützung, für ausverkaufte Häuser zu sorgen. Am 12.05.11 erfolge der Startschuss für den Wuppertaler Wirtschaftspreis, hier werden Vorschläge für geeignete Preisträger erbeten.

Die Ausführungen von Herrn Haschke werden entgegen genommen.

2.1 Marketing für das von-der-Heydt Museum und Parkraumbewirtschaftung während der Umbauphase am Döppersberg - mdl. Zwischenbericht zum Antrag der CDU-Fraktion vom 29.03.11 (VO/0298/11)

Herr Haschke berichtet zu den Marketing-Maßnahmen im Vorfeld und während großer Ausstellungen des Museums. Die Hauptverantwortung obliege dem Museum, welches durch Fachagenturen für Presse, Werbung und Marketing unterstützt werde. Die WMG sei ebenfalls unterstützend tätig und entwickle u.a. mit den Hotels Kulturangebote. Aufgrund der Datenschutzvorschriften sei noch eine Lösung zu finden, die Informationen an angemeldete Besucher des Museums zu richten.

Während der Ausstellung besetze das WMG einen Info-Stand im Museum, wo neben Tipps und Info-Material auch Tagestickets für den ÖPNV verkauft würden. Für Besucher-Schlangen würden Maßnahmen aufgesetzt wie z.B. Bildschirmpräsentationen, gastronomische Versorgung oder der kostenlose Verleih von Schirmen.

Für den Parkplatz Ohligsmühle gebe es nach Aussage der Verwaltung keinen Ersatz, insofern werde die WMG sich gemeinsam mit dem Museum mit den Parkhaus-Pächtern in Verbindung setzen um auszuloten, welche Parkflächen geeignet seien. In den Parkhäusern solle der Weg zum Museum aufgezeigt werden. Ziel sei, ein Stammpublikum heran zu holen.

Der Vorsitzende dankt für die Informationen und hofft, dass die Sisley-Ausstellung den Erfolg der Monet-Ausstellung übertrifft.

Die Ausführungen von Herrn Haschke werden entgegen genommen.

**2.2 "Wupp App" -Baustein einer neuen Marketing-Strategie
- mdl. Zwischenbericht zum gemeinsamen Antrag von CDU- und SPD-Fraktion vom 29.03.11 (VO/0293/11)**

Die fachliche Verantwortung zur Entwicklung eines Konzepts liegt bei der Verwaltung, die WMG wird lt. Herrn Haschke unterstützend tätig. Herr Dr. Slawig beantwortet Fragen von Herrn Stv. Schmidt und Frau Stv. Liebert zur Aufstellung des IT-Ressorts sowie zur Finanzierung unter Hinweis auf den zuständigen Ausschuss für Finanzen.

Die Ausführungen von Herrn Haschke werden entgegen genommen.

**2.3 "Kunstfaden" für Wuppertal
- mdl. Zwischenbericht zum Antrag der CDU-Fraktion vom 29.03.11
(VO/0295/11)**

Herr Haschke teilt mit, nach Prüfung durch die Verwaltung seien eine Bodenmarkierung sowie eine technische Anpassung relativ schwierig umsetzbar. Es sei sinnvoll, in größerem Zusammenhang ein Stadtleitsystem zu entwickeln und nicht nur für eine Ausstellung oder ein Museum zu planen. Einschränkungen im Wegesystem seien erst mit Umsetzung des 2-Richtungs-Verkehrs im Wall zu erwarten.

Nach Auffassung von Herrn Stv. Schmidt mache ein Leitsystem erst ab 2016/17 Sinn. Bis dahin erwarte er ein Baustellenmanagement.

Herr Stv. Schulte bittet, die Herrn Haschke vorliegenden Vorschläge aus anderen Städten in der nächsten Sitzung zu präsentieren.

Herr Stv. Müller erinnert daran, dass ein Fußgängerleitsystem aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt werden konnte. Man werde in Kürze – ggf. in kleinerer Runde – Möglichkeiten zur Umsetzung des Antrages diskutieren.

Die Ausführungen von Herrn Haschke werden entgegen genommen.

**3.1 Jahresarbeitsprogramm der BEA- Beschlussempfehlung der Verwaltung
Vorlage: VO/0310/11/1**

Herr Dr. Slawig stellt fest, die als Tischvorlage ausliegende Vorlage der Verwaltung werde mit der Einschränkung versehen, dass bei der Umsetzung des Projektes Bergisches Fachkräftebündnis nach den Vorgaben des Landes hier die Regionalagentur Träger des Prozesses sei.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 11.05.2011:

Dem Vorschlag der Verwaltung, das Jahresarbeitsprogramm 2011 der BEA zu beschließen, wird - mit dem Vorbehalt zur Umsetzung des Punktes „Gründung eines Bergischen Fachkräftebündnisses arbeitsmarktpolitischer Akteure als Grundlage für Anträge im Rahmen des NRW Sonderprogramms zur Fachkräftesicherung“ - zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**3.2 Jahresarbeitsprogramm 2011 der Bergischen Entwicklungsagentur (BEA)
Vorlage: VO/0310/11**

Herr Stv. Schmidt bittet, das Arbeitsprogramm zukünftig besser zu strukturieren, damit leichter erkennbar werde, wo z.B. Schwerpunkte gesetzt und wofür welcher Mitteleinsatz erfolge.

Die Herren Stv. Schmidt und der Vorsitzende sprechen den Internetauftritt der BEA an.

Herr Stv. Müller verweist auf Überschneidungen zwischen BEA und WMG und fragt nach der Koordination.

Herr Middeldorf führt aus, das Jahresarbeitsprogramm setze an 2 Stellen die Beschlüsse zur Weiterarbeit der BEA sowie zur inhaltlichen und politischen Transparenz um. Wegen fehlender Kapazitätsverteilung sei eine Strukturierung derzeit schwierig, das Niveau der Schwerpunktsetzung liege entsprechend der politischen Vorgabe bei der Wirtschaftsentwicklung und werde zukünftig stabilisiert. Er geht auf die Darstellungen im Internet ein und kündigt einen neuen Aufschlag zur Corporate Identity des Berg. Städtedreiecks an. Hinsichtlich der Überschneidungen zur WMG habe man einen Weg gefunden, diese zukünftig zu vermeiden.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 11.05.2011:

Dem Jahresarbeitsprogramm der BEA wird mit dem Vorbehalt zur Umsetzung des Punktes „Gründung eines Bergischen Fachkräftebündnisses arbeitsmarktpolitischer Akteure als Grundlage für Anträge im Rahmen des NRW Sonderprogramms zur Fachkräftesicherung“ zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**20 Weyerbuschturm
mdl. Bericht**

Herr Neumann berichtet, durch einen Sturm seien 2008 die Turmhaube abgerissen und in diesem Zusammenhang die bestehenden Schäden erkannt worden. Ein Stahlträger unterhalb des Turmzimmers sei angegriffen und die Statik beeinträchtigt worden, sodass die öfftl. Nutzung untersagt werden musste. Zum Substanzerhalt seien das Dach abgedichtet und Stahlträger sowie Treppe abgesichert worden. Das Gerüst stehe noch wegen letzter Dacharbeiten. Ziel sei, den Turm zu erhalten und wieder öffentlich zugänglich zu machen. Die komplette Sanierung in Höhe von weiteren 80-90.000 € sei derzeit nicht zu finanzieren, das Haushaltprogramm für 2012 werde im Herbst erstellt. Die Herren Stv. Schulte und Lüdemann sprechen sich unbedingt für den Erhalt des Turms aus, Herr Stv. Lüdemann appelliert an Wuppertaler Institutionen und Sponsoren, mit vereinten Kräften eine kurzfristige Sanierung zu realisieren.

Die Ausführungen des GMW werden entgegengenommen.

**4 Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Wupper im
Regierungsbezirk Düsseldorf
Vorlage: VO/0190/11**

Herr Beig. Meyer und Herr Knippschild beantworten Nachfragen von Herrn Stv. Schulte und Herrn Lindgren zur Nachrüstspflicht von Ölheizungen – gesetzlich verankert - und zum Spiel- und Bolzplatz Rosenau. Hier sei bei einem Jahrhundertwasser eine teilweise Überschwemmung möglich, es gebe jedoch keine unmittelbaren förderrechtlichen Auswirkungen. Der Bau eines neuen Spielplatzes sei unter Beachtung der hochwasserrechtlichen Bestimmungen möglich.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 11.05.2011:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Die Stellungnahme der Stadt Wuppertal (Anlage 3) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

5 Regionalplanung - mdl. Sachstandsbericht

Herr Beig. Meyer berichtet wie folgt:

Am 24. März 2011 wurde der Planungsausschuss des Regionalrates mit der Vorlage - Sachstandsbericht zur Fortschreibung des Regionalplans - über die Ergebnisse der Planergespräche, die im Herbst und Winter 2010 in der Region geführt worden sind, umfassend informiert.

Ein entsprechender Internet-Link kann der Vorlage VO/0232/11 - Neuaufstellung des Regionalplans Düsseldorf - die in der letzten Sitzung des Ausschusses am 13.04.2011 beraten worden ist, entnommen werden.

Als nächster Arbeitsschritt im vorlaufenden, informellen Verfahren zur Regionalplanfortschreibung ist gemäß Zeitplan der Bezirksregierung die Erstellung der Leitlinien im laufenden Jahr 2011 vorgesehen. Diese sollen in

allgemeiner Form darlegen, welche Entwicklungen bei den einzelnen Themen anvisiert werden.

Im ersten Halbjahr 2011 finden daher zu bestimmten von der Bezirksregierung vorgegebenen Themenkomplexen u.a. „Runde Tische“ und „Arbeitsgespräche“ auf Verwaltungsebene und mit den Verfahrensbeteiligten (Kammern, Verbände, Wirtschaftsförderung etc.) statt, deren Ergebnisse mit in die Vorbereitung des Entwurfes der Leitlinien einfließen sollen. Im Focus steht hierbei die fachliche Auseinandersetzung mit verschiedenen Themenfeldern und nicht die Mitteilung abschließender offizieller Positionen.

Die Erarbeitung der Leitlinien soll im Anschluss daran im September/Oktober 2011 erfolgen.

Der Beschluss des Entwurfs der Leitlinien im Regionalrat ist am 15.12.2011 geplant.

Die Ausführungen von Herrn Beig. Meyer werden entgegen genommen.

6 Nordbahntrasse - mdl. Sachstandsbericht

Herr Widmann berichtet von positiven Entwicklungen:

Die Vermessungsarbeiten weitgehend abgeschlossen, die Informationen zur Lage des Baufeldes wurden dem Wichernhaus übergeben.

Ab Mitte Mai sind die Arbeiten für die Verlegung der Leerrohre (Dorp-Mirke) sowie die Mauerwerkssanierungen (Stützwände Bereich Dorrenberg) geplant. Beides wird durch den 2. Arbeitsmarkt (AM) (Wichernhaus) ausgeführt. Die Aufträge sind vergeben, Dauer der Arbeiten ca. 2 – 3 Wochen.

Die Arbeitsanweisungen für die Sanierung der Stützmauern im Förderbereich (FB) 1 wurden an das Wichernhaus übermittelt.

Der Auftrag für die Schredder- und Verdichtungsarbeiten im Bereich FB I (Dorp-Mirke) soll im Juni erfolgen. Die Arbeiten sollen direkt nach dem Abschluss der Leerrohrverlegungen erfolgen.

Die EU-weiten Ausschreibungen für die Materiallieferung für den 2. AM für den Wegebau in den FB I+III sowie für die Arbeiten des 1. AM im FB I befinden sich in Bearbeitung zwischen Verwaltung und CDM. Die eingegangenen Ausschreibungsunterlagen für den Tunnel Dorrenberg werden in den nächsten Wochen auf Plausibilität geprüft und nach Abstimmung mit CDM wird anschließend die EU-Ausschreibung vorbereitet.

Die Planungen für den Tunnel Schee wurden Anfang der Woche weitgehend mit dem Planungsbüro und dem RVR, der Stadt Sprockhövel und der WTB abgestimmt.

Das Baustellenschild für den FB I wird in der kommenden Woche im Bereich Mirke aufgestellt.

Nach Mitteilung von Herrn Dr. Slawig sind weiterhin verschiedene Vergaben und Ausschreibungen für den FB II – Bauherr WTB – im Prüfverfahren. Jede Vergabe wird überprüft. Sobald das abschließende Ergebnis vorliegt und eine Klärung zwischen Stadt und WTB erfolgt ist steht die Klärung mit dem vereidigten Sachverständigen an. Das zeitaufwändige Verfahren ist notwendig, um die Förderfähigkeit festzustellen.

Die Ausführungen der Verwaltung werden entgegen genommen.

**7.1 Änderungsantrag zu VO/0255/11 (Handlungsprogramm Gewerbeflächen)
Vorlage: VO/0429/11**

Herr Stv. Lüdemann erläutert den als Tischvorlage ausliegenden Ergänzungsantrag seiner Fraktion.

Die CDU-Fraktion beantragt, die Beschlussfassung an Hauptausschuss und Rat zu verweisen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 11.05.2011:

Die Beschlussfassung wird an Hauptausschuss und Rat verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**7.2 Handlungsprogramm Gewerbeflächen
- die Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung zugestellt -
Vorlage: VO/0255/11**

Punkt 1 des Beschlussvorschlages wird nach Äußerungen des Vorsitzenden von der Verwaltung zurück gezogen.

Der Vorsitzende stellt fest, die umfangreiche Vorlage enthalte viele Informationen, so seien der zukünftige Flächenbedarf deutlich dargestellt und jede Fläche und Brache beschrieben worden.

Die Frage von Herrn Stv. Lüdemann, ob aufgrund des Antrages auf Windkraftnutzung auf der Fläche Kleine Höhe die Drucksache bis zur Ratssitzung abgeändert werde wird von Herrn OB Jung mit Hinweis auf das übliche Prozedere bei Prüfaufträgen verneint.

Herr Stv. Schmidt spricht sich ausdrücklich für die Nutzung als Gewerbegebiet aus. Der Vorsitzende schlägt vor, hier eine Handlungsempfehlung offen zu lassen, da die Fläche genügend Platz für mehrere Nutzungen biete.

Für Frau Stv. August ist es auch unter Hinweis auf die wirtschaftlichen Aspekte undenkbar, die Fläche als Gewerbefläche auszuweisen. Dem Grundsatz, Innen- vor Außenflächen zu entwickeln, stimmt sie zu.

Herr Stv. Lüdemann betont unter Hinweis auf bestehende und geplante Gewerbegebiete in Vohwinkel und Solingen die Notwendigkeit einer interkommunalen Zusammenarbeit.
Sinnvoll sei, in absehbarer Zeit nutzbare Gewerbeflächen zu schaffen.

Der Oberbürgermeister verweist auf den bestehenden Bedarf an Gewerbeflächen, der aufgrund der guten Akquise der Wirtschaftsförderung bestehe. Herr Dr. Volmerig ergänzt, es sei zu begrüßen, wenn im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit Flächen in Nachbargemeinden zur Verfügung gestellt würden und verweist auf die Kooperation mit Piepersberg. Dies setze jedoch nicht den eigenen Bedarf außer Kraft.

Herr Liesendahl erhofft eine Änderung der Sichtweisen, sobald im Berg. Städtedreieck keine Gewerbeflächen mehr zur Verfügung stünden und ein

Einsehen erfolge, dass die Wachstumsgrenzen erreicht seien. Er betont die Notwendigkeit der Grünflächen, um Wuppertal als lebenswert zu erhalten. Seiner Meinung nach handle die Berg. Politik nicht nach dem Grundsatz, Innen- vor Außenflächen zu entwickeln.

Die Herren Stv. Schulte, Schmidt und Stenzel stellen ihre abweichende Auffassung dar.

Herr Beig. Meyer stellt fest, Wuppertal habe in den letzten Jahren Konversionsmaßnahmen durchgeführt. Der positive Ansatz, Innen- vor Außenflächen zu entwickeln bedeute nicht Innen- statt Außenflächen. Die Stadt versuche, Fördermittel für die Herrichtung von Brachflächen zu erhalten. Darüber hinaus sei auch eine schrumpfende Stadt auf Wohn- und Gewerbeneubauten angewiesen.

Herr Sattler stimmt Herrn Meyer zu und stellt fest, die Berg. Wirtschaft trage den Ergänzungsantrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN nicht mit.

Herr Dr. Slawig widerspricht der Vermutung von Frau Stv. Liebert, die Kleine Höhe werde als „Verschiebemasse“ genutzt und die Nutzungen Wohnen oder Gewerbe nicht verfolgt unter Hinweis auf den Ratsbeschluss, die planungsrechtliche Ausweisung und das laufende Bauleitplanverfahren. Die Verwaltung prüfe, ob über die Aufnahme in das Landesprogramm Zuschüsse erwirkt werden könnten. Die Prüfung der anderen Alternativen Wohnen und Windpark sei ein üblicher legitimer Vorgang.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 11.05.2011:

Die Beschlussfassung wird an Hauptausschuss und Rat verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

8

Bebauungsplan Nr. 1081 - Mittelstandspark VohRang -

1. Änderung des Bebauungsplanes

- Aufstellungsbeschluss -

Vorlage: VO/0081/11

Nach Aussage von Herrn Dr. Volmerig sind derzeit 2 Gewerbebetriebe an der Ansiedlung mit jeweils ca. 25000 m² interessiert. Der ursprüngliche Interessent ist nach Osteuropa abgewandert.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 11.05.2011:

1. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1081 – Mittelstandspark VohRang - für den Geltungsbereich östlich der Straße Zur Linden, südlich der Bahnlinie und nordwestlich des DB Signalwerkes Wuppertal - wie in Anlage 1 näher kenntlich gemacht -, wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
2. Das Bebauungsplanverfahren wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der

zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**9 21. Flächennutzungsplanänderung - Albertstr.-
- erneuter Offenlegungsbeschluss
Vorlage: VO/01111/11**

Herr Braun erklärt die Zusammenhänge zur Notwendigkeit des erneuten Offenlegungsbeschlusses.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 11.05.2011:

1. Der Geltungsbereich der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wuppertal erfasst den Bereich nördlich der Unteren Lichtenplatzer Straße, östlich der Straße Heidter Berg, südlich der Gewerbeschulstraße und westlich der Albertstraße (siehe Anlage 3).
2. Die erneute Offenlegung der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wuppertal wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für den genannten Geltungsbereich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**10 Bebauungsplan Nr. 1147 - Konradswüste -
- Offenlegungsbeschluss -
Vorlage: VO/0134/11**

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 11.05.2011:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1147 umfasst die Siedlung Konradswüste mit den Straßenzügen Wüsterfeld, Am Hufeisen, Konradswüste bis zur Einmündung Wüsterfeld/Wüsterfelder Weg und Konradshöhe mit den Hausnummern 1 bis 43 wie in der Anlage 01 näher zeichnerisch dargestellt.
2. Die Vergrößerung des Geltungsbereichs wie in Anlage 05 dargestellt, wird beschlossen.
3. Die Offenlegung des Bebauungsplanes Nr. 1147 – Konradswüste – wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für den unter Punkt 1. genannten Geltungsbereich beschlossen. Das Bebauungsplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**11 Bebauungsplan Nr. 1134 - Höhenstraße/ Auf dem Stein -
mit Flächennutzungsplanberichtigung Nr. 50 B
Vereinfachte Änderung und Satzungsbeschluss**

**Bebauungspläne Nr. 604 und 605
Satzungsbeschluss zur Teilaufhebung
Vorlage: VO/0216/11**

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Anhörung der BV Uellendahl-Katernberg.

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom
11.05.2011:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1134 – Höhenstraße/ Auf dem Stein – umfasst eine Fläche im Stadtbezirk Uellendahl-Katernberg, die im Osten durch die Höhenstraße, im Süden durch die Straße Am Dönberg – einschließlich der Grundstücke Höhenstraße 46 und Am Dönberg 5 und 7 -, im Westen durch eine Linie östlich des Grundstückes Am Dönberg 12, die durch den Friedhof und am Friedhofsrand nach Norden bis zur Straße Auf dem Stein verläuft. Der Geltungsbereich verläuft weiter nach Nordwesten, indem die Straße Auf dem Stein miteinbezogen wird und überwiegend an der nördlichen Grundstücksgrenze des Hauses Höhenstraße 16 bis zur Höhenstraße. Der Geltungsbereich ist als Zeichnung in der Anlage 02 dargestellt.
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zu dem Planverfahren eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung, wie in der Anlage 01 dargelegt, behandelt.
3. Die Stellungnahmen, die im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB (eingeleitet mit Anschreiben vom 10.11.2010) vorgetragen wurden, werden entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung behandelt (Anl. 01). Die vereinfachte Änderung ist zeichnerisch in der Anlage 04 dargestellt. Die vereinfachte Änderung gemäß § 13 BauGB zum Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 1134 wird beschlossen.
4. Das Bebauungsplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gemäß § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.
Die Verwaltung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB an die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 1134 anzupassen.
5. Der Bebauungsplan Nr. 1134 - Höhenstraße/ Auf dem Stein – wird für den

unter Punkt 1. genannten Geltungsbereich gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB ist als Anlage 02 beigefügt.

6. Für den zuvor beschriebenen Geltungsbereich werden die Festsetzungen der rechtsverbindlichen Bebauungspläne Nr. 604 – Margaretenstraße/ Talstraße/ Höhenstraße – und Nr. 605 – Ortsteil Dönberg – aufgehoben. Der Satzungsbeschluss zur Teilaufhebung dieser Bebauungspläne wird für den o.g. Geltungsbereich gemäß § 10 BauGB beschlossen. Der Geltungsbereich der Teilaufhebungen der Bebauungspläne Nr. 604 und Nr. 605 ist in den Anlagen 06 und 07 dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**12 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1150V - Katernberger Str. / Am Buschhäuschen -
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/0229/11**

Herr Stv. Stenzel spricht sich gegen eine Hinterland – Bebauung aus.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 11.05.2011:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1150V – Katernberger Str. / Am Buschhäuschen – erfasst einen Bereich, der im Norden durch die Katernberger Straße, im Westen durch die Straße Am Buschhäuschen, im Süden durch eine Waldfläche und im Osten durch die Grundstücksgrenze zur Katernberger Straße Nr. 87 bzw. des niederländisch-reformierten Friedhofes gebildet wird, wie dieser in der Anlage 03 näher zeichnerisch dargestellt ist.
2. Die zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1150V insgesamt eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung, wie diese in der Anlage 01 näher dargelegt sind, behandelt.
3. Die vereinfachte Änderung gem. § 13 BauGB zum Satzungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1150V wird beschlossen.
4. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 1150V – Katernberger Straße / Am Buschhäuschen – wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die Begründung ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB als Anlage 02 beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit gegen die Stimme der WFW.

**13 Bebauungsplan Nr. 1094/1 - Buschstraße -
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/0250/11**

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom
11.05.2011:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 1094/1 – Buschstraße – für den Geltungsbereich nordöstlich der Buschstraße (Haus Nr. 5 bis Haus Nr. 21) bis zum Anschluss an den Geltungsbereich des Bebauungsplanes 1094 - Christbusch (Haus Waldfrieden) – wird gefasst .Die Abgrenzung des Geltungsbereiches ist in der Anlage 02 dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**14 Bebauungsplan Nr. 1069 - Bredde / Berliner Straße -
- 1. Verlängerung einer Veränderungssperre -
Vorlage: VO/0308/11**

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom
11.05.2011:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Die Satzung über eine Veränderungssperre für das Grundstück Berliner Straße 23 in Wuppertal-Oberbarmen wird gemäß Anlage 01 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**15 Bebauungsplan Nr. 1068 - Bayreuther Straße / Briller Straße -
- 2. Verlängerung einer Veränderungssperre -
Vorlage: VO/0222/11**

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom
11.05.2011:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Die Satzung über die zweite Verlängerung der Veränderungssperre für das Grundstück Briller Str. 183a in Wuppertal-Elberfeld wird gemäß Anlage 01 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit gegen die Stimme der WFW.

**16 Erklärung über die Funktionslosigkeit von Festsetzungen im FLP Nr. 122 -
Brunhildenstraße/ Kothener Schulstraße
Vorlage: VO/0280/11**

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom
11.05.2011:

Die planungsrechtliche Festsetzung für das an der Brunhildenstraße / Kothener Schulstraße gelegene Grundstück wird für funktionslos erklärt. Damit wird das Grundstück für den Verkauf vorbereitet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**17 Bericht über die soziale Wohnraumförderung in Wuppertal
Vorlage: VO/0269/11**

Frau Galvagni beantwortet eine Nachfrage von Herrn Stv. Schmidt zum Demografie-Check.

Der Bericht wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**18 Zukunftsfaktor Bürgerengagement
Vorlage: VO/0223/11**

Der Bericht wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**19.1 Die geplante Ansiedlung des IKEA-Einrichtungshauses in Wuppertal
Vorlage: VO/0371/11**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor (VO/0371/11/1-A)

**19.2 Geplante Ansiedlung des Ikea-Einrichtungshauses - Beantwortung der
Fraktionsanfrage
Vorlage: VO/0371/11/1-A**

Frau Stv. Liebert dankt für die Beantwortung der Anfrage und bedauert, dass keine detaillierten Aussagen zum Homepark und zur verkehrlichen Anbindung gemacht werden.

Der Vorsitzende erinnert an den Ratsbeschluss zur Ansiedlung von Ikea und verweist auf bestehende Defizite in Wuppertal vor allem im Möbelbereich. Weitergehende Auskünfte als in der vorliegenden Drucksache seien zum jetzigen Verfahrensstand bekanntermaßen nicht möglich.

Herr Dr. Volmerig teilt mit, die Grobstruktur des Homeparks sei bekannt. Sobald das Gutachten vorliege – voraussichtlich im nächsten Halbjahr -, erfolge die Detaildiskussion, auch im Hinblick auf die Auswirkungen auf die umliegenden Gemeinden.

Zum Autobahnkreuz Nord sei die derzeitige Information, die Verkehrsabwicklung sei möglich und mittelfristig seien wegen des Ausbaus des AK keine negativen Auswirkungen zu erwarten.

Es folgen weitere Wortmeldungen der Herren Stv. Schmidt und Stenzel.

Herr Dalchow verweist auf die Situation des Einzelhandels und geht auf die Aussagen zu Gewerbesteuereinnahmen ein. Er betont die Notwendigkeit, innenstadtrelevante Sortimente in der Innenstadt zu belassen. Seine Frage nach der Zulässigkeit des Vorhabens gem. § 24 Landesentwicklungsprogramm wird von Herrn Dr. Volmerig beantwortet.

Die Beantwortung der Anfrage wird entgegen genommen.

Stv. Michael Müller
Vorsitzender

Angelika Sauer
Schriftführerin